



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

χ. ρ.: Vom preußischen Landtage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Vom preussischen Landtage.

Berlin, 11. November.

Es ist keine angenehme Aufgabe, immer wieder dasselbe schreiben zu müssen, am wenigsten, wenn es Unerfreuliches ist. Abermals galt die hauptsächlichste Debatte des Abgeordnetenhauses in der abgelaufenen Woche der Frage der Verwaltungsreform. Herbeigeführt war die Verhandlung durch einen Antrag der Centrumpartei, nach welchem die Regierung zur Vorlegung einer Landgemeindeordnung, sowie einer Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westphalen aufgefordert werden sollte. Das Ergebnis war vorher zu sehen: der Antrag wurde mit großer Majorität angenommen. Ausschlaggebend war dabei die Haltung der Nationalliberalen. Im Lager der gouvernementalen Heißsporne fehlt es für dieselbe nicht an den Vorwürfen der Inkonsequenz. Man sagt: wenn die Nationalliberalen neulich den Ultramontanen die Unterstützung für den Antrag eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes versagten, wenn sie zugleich das Zusammengehen der Fortschrittspartei mit dem Centrum scharf kritisirten, wie konnten sie jetzt die vom Centrum ausgegebene Parole zu der ihrigen machen? Dabei wird nur übersehen, daß es sich bei jenem Antrage betreffend die Ministerverantwortlichkeit lediglich um ein willkürlich ersonnenes, aus der augenblicklichen Situation in keiner Weise zu rechtfertigendes Oppositionsmanöver handelte, während die Forderung der Ausdehnung der Verwaltungsreform aus der unsere innere Lage vorwiegend beherrschenden Frage unmittelbar hervorgeht und von der nationalliberalen Partei in den letzten Sessionen stets mit Nachdruck erhoben worden ist. Der bloße Umstand, daß jetzt das Centrum sich sofort nach der Eröffnung der Session der Angelegenheit bemächtigt hatte, konnte die Nationalliberalen unmöglich abhalten, ihren Standpunkt aufs Neue unumwunden zu bekennen. Die Antwort der Regierung war im Grunde dieselbe wie immer: Die Nothwendigkeit der Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die ganze Monarchie — natürlich unter Berücksichtigung der eigenthümlichen Verhältnisse der einzelnen Provinzen — ist selbstverständlich; den Zeitpunkt der Ausführung aber zu bestimmen, behält sich die Regierung vor. Immerhin ließ sich aus den Worten Friedenthals ziemlich gewiß der Fortschritt konstatiren, daß die Ausarbeitung eines betreffenden Geszentwurfs nunmehr beschlossene Sache ist. Welcher Art indeß die Kautelen sein werden, die der rheinisch-westphälischen Kreis- und Provinzialordnung gegen die Möglichkeit eines Mißbrauchs im Interesse der ultramontanen Agitation eingefügt werden sollen, ist noch ganz unbestimmt.

Von Interesse war, daß die Konservativen zum ersten Male mit dem

unverhüllten Verlangen nach einer Revision der neuen Kreis- und Provinzialordnung in den östlichen Provinzen hervortraten. Daß in einem so umfassenden Reformwerke Fehler gemacht werden, liegt in der Natur der Sache, und mehr noch in dem Antagonismus zwischen Geordnetenhaus und Herrenhaus. Man weiß ja, daß der Behördenpleonasmus, über welchen jetzt so allgemeine Klage geführt wird, wesentlich dem Herrenhause zu verdanken ist. Ohne Zweifel ist es durchaus in der Ordnung, Mängel, welche sich in der Praxis herausgestellt haben, in den für die übrigen Provinzen auszuarbeitenden Gesetzentwürfen zu vermeiden; doch würde nichts im Wege stehen, solche Mängel, vorausgesetzt, daß sie unbestritten sind, genau formulirt werden können und im Interesse des allgemeinen Besten eine unverweilte Beseitigung erheischen, durch eine Novelle aus der Selbstverwaltungs-gesetzgebung der östlichen Provinzen hinauszuschaffen. Aber diese ganze Gesetzgebung, nachdem sie kaum ins Leben getreten, einer schrankenlosen „Revision“ preiszugeben, würde denn doch gar wenig einer planmäßig operirenden Staatskunst entsprechen und sollte jedenfalls nicht von denjenigen verlangt werden, welche gegen unsere Zeit den Vorwurf ununterbrochener Gesetzmacherei erheben. Vergesse man doch nicht, welch' großen Antheil an den Klagen über die neue Gesetzgebung allein das Ungemach hat, welches jedes Sicheinleben in ungewohnte Verhältnisse mit sich bringt. Solange dieser unvermeidliche Uebergangszustand andauert, kann ein unbefangenes Urtheil über den Werth des Geschaffenen gar nicht erwartet werden.

Uebrigens nahmen alle Parteien aus dem Ausdehnungsantrage des Centrums Veranlassung, ihre Stellung zu der Fortführung der Verwaltungsreform nochmals zu präzisiren. Neues ist aus den betreffenden Erklärungen nicht beizubringen. Immerhin war wenigstens diejenige von Seiten der national-liberalen Partei unerläßlich. Die halbamtliche „Provinzialkorrespondenz“ hatte sich den Ausgang der „Urlaubsdebatte“ so zurechtgelegt, daß es scheinen mußte, als hätte sich die nationalliberale Fraktion ganz auf die Seite der Regierung gestellt. Thatsächlich war dies keineswegs der Fall. Die Partei hatte es einerseits abgelehnt, sich an einem Mißtrauensvotum zu betheiligen, andererseits aber der Regierung über ihren von den Friedenthalschen Aeußerungen über den Umfang des noch auszuführenden Reformwerks abweichenden Standpunkt keinen Zweifel gelassen und von einer befriedigenden Verständigung über diese Differenz ihre fernere Unterstützung abhängig gemacht. Bis zum Erscheinen des von dem Minister verheißenen und für die gegenwärtige Session noch bestimmt erwarteten Planes über Fortführung und Abschluß der Verwaltungsreform bleibt also die Entscheidung über das künftige Verhältniß zwischen der national-liberalen Partei und der Regierung in der Schwebe. In dieser Weise hat Lasfer die Situation nochmals ausdrücklich gekennzeichnet.

Die am Beginn der Woche eröffnete Specialberathung des Budgets konzentrierte sich hauptsächlich auf den Etat des Ministeriums des Innern. Abgesehen von den Nachflängen der über den gegenwärtigen Zustand dieses Ministeriums bereits geführten Debatten glichen die Verhandlungen aufs Haar denjenigen der Vorjahre; meistens waren es unfruchtbare Nergeseien von fortschrittlicher und entrüstungsvolle Beschwerden von ultramontaner Seite. Eine ihres sachlichen Inhaltes und ihrer eminenten Zeitgemäßheit wegen recht erquickliche Episode war eine von Miquel angeregte Diskussion über die Frage, wie dem erschreckenden Ueberhandnehmen der Branntweinschänken entgegenzuwirken sei. Die Meinungen gingen wohl überwiegend dahin, daß wirksam nur durch eine die Konzeptionspflichtigkeit auch für Gastwirthschaften wieder einführende Novelle zur Reichsgewerbeordnung geholfen werden könne.

Die beiden bedeutendsten der bis jetzt vorgelegten Gesetzentwürfe, die Anleihe zu Bauzwecken und die Wegeordnung, sind einstweilen Gegenstand der Kommissionsberathung. Die einzelnen Positionen des Anleiheentwurfs werden in das Extraordinarium des Etats herübergenommen und dort — selbstverständlich nur mit der für das Verwaltungsjahr 1878/79 berechneten Rate — zur Entscheidung gestellt. Damit ist dem bekannten konstitutionellen Bedenken begegnet, keineswegs aber bedeutet dies ein thatsächliches Scheitern der ganzen Anleihe. In der Wegeordnungskommission ist man aufrichtig bemüht, das für die östlichen Provinzen so dringend nöthige Gesetz zu Stande zu bringen, ohne der künftigen Landgemeindeordnung zu präjudiciren. Die Hoffnung auf ein glückliches Gelingen erscheint nicht unberechtigt.

X. 9.

Literatur.

Die deutsche Sozialdemokratie. Ihre Geschichte und Lehre. Eine historisch-kritische Darstellung von Franz Mehring. Bremen. Verlag von A. Schünemann, 1877.

Bereits früher (Grenzboten, II. Quartal 1877) ist dieser Schrift bei ihrem ersten Erscheinen gedacht, sind längere Auszüge daraus dem Leser mitgetheilt worden. Sie war in geringerem Umfange, als sie jetzt vorliegt, zu Anfang d. h. wenige Tage vor den Reichstagswahlen, unter dem Titel „zur Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ herausgekommen. Die Resultate, welche die deutsche Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen zu verzeichnen hatte, ließen eine Schrift ganz besonders willkommen erscheinen, welche in denkbar objektivster Weise das Treiben und Wachsthum der deutschen Sozialisten und Kommunisten